

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dählerbrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Ralbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 66

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 8 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Donnerstag, den 19. März

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1931

Die Post soll die Tarife senken!

Die Entwicklung der Reichspost.

Die Postbestellung auf dem Lande.

Meine vier Damen und einundzwanzig Herren! beginnt ein Redner seine Ausführungen zum Haushalt des Reichspostministeriums. Mehr Volksvertreter sind nämlich nicht anwesend. Und des Scherzes halber hat der Redner sie vorher gezählt. Er hätte auch die besetzte Ministertribüne mit den Herren des Reichspostministeriums nachzählen sollen. Da hätte er festgestellt können, daß auf jener Tribüne mehr Ministerialräte vorhanden sind als Abgeordnete unten im Saale. Das ist übrigens an und für sich gar nicht so verwunderlich, denn der Haushalt des Reichspostministeriums ist der kürzeste unter allen. Er besteht aus nur einem einzigen Posten auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite. Dort wird die Summe verzeichnet, die dem Reich als Ertrag der Reichspost zugewiesen wird, und bei den Ausgaben findet sich allein: Gehalt des Reichspostministers. Weiter nichts. Der Reichstag hat ja nichts dreinzureden, nichts zu bestimmen im Betriebe der Post, wo der Minister zusammen mit dem Verwaltungsrat Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft regelt. Freilich sitzen in diesem Verwaltungsrat der Reichspost auch eine Anzahl von Parlamentariern und diese halten nun ihre Reden vor der Öffentlichkeit, weil sie im Verwaltungsrat nicht das erwünschte Echo haben können. Vermutlich sind diese Reden dort schon einmal gehalten worden und die Kollegen vom Verwaltungsrat haben jetzt im Plenum erst recht keine Lust, sich das alles zum zweiten Male anzuhören. Und da der Reichstag zwar kritisieren, aber weder kontrollieren noch überhaupt dreinreden darf, — denn die Reichspost verwaltet ihren ganzen Betrieb selbständig „nach kaufmännischen Gesichtspunkten“ — so äußert man eben nur Wünsche und Beschwerden, die der Minister mehr oder minder wohlwollend zur Kenntnis nimmt oder — bereits genommen hat. Das ist nicht gerade kurzweilig, und darum ist es eigentlich schon recht viel, daß sich ein Viertel hundert Abgeordnete stumm und müde anhören, was sie schon einmal vernommen haben.

In ein paar Stunden ist die ganze Sache erledigt und Stephan's Nachfolger kann mit bewilligtem Gehalt und mit dem Gefolge seiner ebenso stumm gebliebenen Ministerialräte das hohe Haus wieder verlassen, das in und an dem Betriebe der Post ja doch nichts zu sagen, jedenfalls nichts zu ändern vermag.

Sitzungsbericht.

(45. Sitzung.) OB. Berlin, 18. März.
Nach Eröffnung der Sitzung kommt es zu heftigen Kämpfen zwischen der Kommunisten, als der Abg. Madalena die Aufhebung des Demonstrationsverbotes in Hamburg verlangt. Nach scharfen Angriffen auf die Behörden wird dem Redner unter großem Lärm der Kommunisten nach vorübergehender Verwarnung das Wort entzogen. Gegen die sofortige Besprechung der Hamburger Vorgänge wurde Widerspruch eingelegt.

Es folgt die zweite Lesung des Reichshaushaltsplanes mit dem

Haushalt des Reichspostministeriums.

Der Haushaltsausschuß hat eine Reihe von Anträgen eingebracht. Gefordert wird u. a. eine Senkung der Fernspreckgebühren für Fernsprecher.

Reichspostminister Dr. Schädel gab eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Deutschen Reichspost im letzten Jahre. Die Verwaltung habe mit allen Mitteln danach gearbeitet, ihren Verwaltungsapparat nach Möglichkeit auszubauen und zu verbessern, dabei aber der schwer um ihre Existenz ringenden deutschen Wirtschaft durch verstärkte Auftragserteilung und Tarifherabsetzung zu Hilfe zu kommen. Der Anfall an Einnahmen infolge des Tiefstandes der Wirtschaft sei nach Möglichkeit durch größte Wirtschaftlichkeit auf allen Gebieten wettgemacht worden. Zur

Postversorgung des flachen Landes

waren Ende des laufenden Rechnungsjahres etwa 1150 Landstraßpoststellen mit 14 700 Poststellen und 2400 Postagenturen vorhanden. Das Straßpostnetz umfaßte rund 2340 Linien mit etwa 45 600 Kilometer Streckenlänge. Im Sommer 1930 wurden 110 Luftpostlinien benutzt, im letzten Winter 26 Linien. Die Verkehrssteigerung bei der Luftpost belief sich auf 58 Prozent gegenüber 1929. Die Zahl der Postfachstunden hat nahezu eine Million erreicht. Der Gesamtumsatz ist aber um rund 8 Milliarden auf 130 Milliarden gestiegen. Im Telegraphenwesen wurden die Verbindungsmaschinen fortgesetzt. Das Bildtelegraphenwesen wurde ausgebaut und der Funktelegraphenverkehr erweitert.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer

steigerte sich um eine halbe Million, bis Ende 1930 auf rund 3,5 Millionen.

Das Beschaffungsprogramm der Reichspost

belief sich 1930 auf 410 Millionen Mark. Dazu traten noch Zuzuführungen in Höhe von 200 Millionen Mark. Bezüglich der Rationalisierung wird das Tempo verlangsamt, soweit es nur irgend angängig ist, um den Arbeitsmarkt nicht zu belasten. Ende 1930 waren über 25 000 Maschinen aller Art und nahezu 1800 mechanische Förderanlagen in Betrieb. Zum Schluß hob der Minister die Einrichtung der neuen Laufbahn der Postangestellten für den einfachen Postbetrieb hervor. Diese Laufbahn ist ausschließlich der Volksschulern vorbehalten. Der Minister sollte dem Personal Anerkennung und Dank für die im letzten Jahre in opferbereiter Pflichterfüllung geleistete Arbeit.

In der Aussprache verweist Abg. Biedermann (Soz.) darauf, daß bei der Reichspost der Straßpostbetrieb auf dem Lande immer noch nicht ausgebaut sei. Der Redner macht der Verwaltung heftige Vorwürfe, daß sie unter den Beamten eine Agitation im Sinne der Nationalsozialistischen Partei nicht bloß dulde, sondern auch fördere.

Abg. Kampfschulte (Ztr.) fordert, daß die Reichspost genügendes Verständnis für die Bedürfnisse der Wirtschaft aufbringe. Der Redner erklärt dann, eine besondere Förderung

des Handwerks durch die Erteilung von Postaufträgen im Beschaffungsprogramm sei notwendig. Es müsse für einen ausreichenden Nachwuchs bei den unteren und mittleren Schichten gesorgt werden.

Abg. Torgler (Komm.) meint, die Hoffnungen des Ministers auf eine günstige Wirtschaftsentwicklung werden sich als irrig erweisen.

Abg. Mollath (Wirtschaftspartei) beschäftigt sich mit dem Überweisungsproblem der Reichspost und den Gehaltsentfaltungen; hierdurch seien bei der Post 62 Millionen erspart und auch tatsächlich an das Reich abgeliefert worden. Ein Anspruch des Reiches darauf sei aber nicht anzuerkennen, vielmehr müsse dieser Betrag für Tarifentfaltungen Verwendung finden. Bei der

Vergebung der Postaufträge müsse das selbständige Handwerk mehr als bisher Berücksichtigung finden.

Abg. Dingler (Landvolk) setzt sich gleichfalls für eine Senkung der Postgebühren ein. Redner verlangt dann weiter einen Ausbau der Straßposten, besonders in den ländlichen Gebieten.

Abg. Morath (D. Vp.) weist darauf hin, daß die Amtsfreudigkeit bei der Post leiden müsse, wenn von Jahr zu Jahr Aufstiegsmöglichkeiten immer mehr versagt werden. Es sei durchaus richtig, daß auch bei der Reichspost im Dienst nicht politisiert werden dürfe.

Abg. Schwarzer-Oberbayer (Bayer. Vp.) tritt für die bayerischen Belange auf postalischem Gebiete ein.

Reichspostminister Dr. Schädel

geht auf die Wünsche und Beschwerden der Vorredner ein und verweist auf seine verschiedentlichen Verfügungen. Es müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß er

staatsfeindliche Bestrebungen in der Beamenschaft nicht dulde. Er habe auch entsprechend gehandelt und die Beamten auf ihren Dienst hingewiesen, der sie verpflichtet, nicht gegen die Verfassung zu arbeiten. Nach den Grundsätzen der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit könne gegen Beamte und Arbeiter der Post nur vorgegangen werden, wenn Verweise vorliegen. Verallgemeinerungen weise er zurück. Der Minister geht darauf im einzelnen auf die vorgebrachten Fälle

nationalsozialistischer Betätigung von Beamten ein und schließt mit der Versicherung, daß selbstverständlich die nach Verfassung und Beamtenrecht sich ergebenden Folgen

Dank für Oberschlesiens Treue

Hindenburg zur oberschlesischen Abstimmungsfeier.

Ein Geleitwort des Reichspräsidenten.

Anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Volksabstimmung in Oberschlesien haben die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier E. V. eine Sonderchrift herausgegeben. Der Reichspräsident hat folgendes Geleitwort gegeben:

„Am zehnten Jahrestage der Abstimmung in Oberschlesien gedenkt das deutsche Volk in Dankbarkeit der Treue derer, die in einer Zeit bitterer Not und schwerer Bedrängnis das Bekenntnis zu ihrer deutschen Heimat abgelegt haben. Zehn Jahre harter und schwieriger Wiederaufbauarbeit sind gefolgt; sie waren getragen und gefördert von dem unbeirrten Bewusstsein der Pflichterfüllung, die das sicherste Unterpfand für die Zukunft unseres Vaterlandes ist.“

Das Geleitwort des Reichskanzlers lautet wie folgt: „Die Abstimmung in Oberschlesien vom 20. März 1921 ist ein Markstein in der Geschichte des deutschen Volkes. Treue und Heimatliebe der oberschlesischen Bevölkerung unterschieden damals über ihre Zugehörigkeit zum Reich. Äußere Umstände, die sich deutscher Einwirkung entzogen, haben trotzdem die Abtrennung eines Teiles von Oberschlesien herbeigeführt. Das Bewusstsein gemeinsamen Volkstums erwies sich als stärker als die Not der Zeit, die Krieg und Kriegsfolgen verursacht

hatten. Wenn wir heute nach zehn Jahren auf diese deutsche Leistung zurückblicken, so gedenken wir in Dankbarkeit derer, die sie vollbrachten, und wünschen, daß der gleiche Geist uns auch in der Zukunft erhalten bleiben möge.“

das Postgeheimnis nicht gewahrt werde, vielmehr sei dieses Fundament des Postbetriebes unerschütterlich. Der Minister stellt fest, daß eine Gebührensenkung in der heutigen Zeit ausgeschlossen sei. Das gelte auch für den Rundfunk.

Damit schloß die Aussprache. Eine Entschließung über die Senkung der Fernspreckgebühren

für Fernsprecher wird angenommen und der Haushalt für die Reichspost genehmigt.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Sozialdemokraten beschließen Stimmenthaltung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat über ihre letzte Sitzung folgenden Bericht ausgegeben:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm einen Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung entgegen. Nach einer eingehenden Diskussion wurde mit Rücksicht auf die gesamtpolitische Situation beschloffen, sich bei der Abstimmung über das Panzerkreuz „B“ der Stimme zu enthalten.“

Vertagung des Reichstages noch vor Ostern unumgänglich.

Die Verhandlungen Dr. Brüning's mit der SPD. gescheitert.

In einer Fraktionsitzung der Zentrumspartei des Reichstages berichtete Reichstagskanzler Dr. Brüning über die politische Lage und seine Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Partei. Diese Verhandlungen sind vorläufig ergebnislos verlaufen. Die Reichsregierung hält an ihrer Ablehnung der Steueranträge der Sozialdemokratie auf Erhöhung des Einkommensteuersatzes unter allen Umständen fest.

Ebenso steht die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Vertagung des Reichstages bereits vor Ostern bis zur Zeit der Herbstsession unumgänglich notwendig ist.

Nach der Sitzung empfing der Reichstagskanzler die Abgeordneten der Volkspartei, die den ablehnenden Standpunkt ihrer Fraktion gegenüber den Steueranträgen der Sozialdemokraten abermals mit allem Nachdruck wiederholten.



Zum 10. Jahrestage der Volksabstimmung in Oberschlesien gibt die Reichspost eine besondere 8-Pfennig-Postkarte heraus, die auf der Vorderseite — neben dem Raum für die Anschrift — das farbige Bild des Wappens der Provinz Oberschlesien trägt.

Die keine Ferien wollen.

Bis zum Ende seiner Beratungen hat sich der Reichstag die Verhandlung über die etwas „kiffligen“ Haushalte des Wehr- und Finanzministeriums aufgespart. Beide sind nämlich durch die leidige Panzerkreuzerfrage von der Sozialdemokratie durch eine Art „Junctim“ miteinander verbunden worden: Stimmenthaltung bei der Entscheidung über die erste Rate für den Panzerkreuzerbau, — dafür aber gewisse Steuererhöhungen, von denen die eine übrigens bereits in zweiter Lesung vom Reichstage angenommen worden ist. Vom Reichstage ist eine Zweiteinstufige eingeführt worden, deren Ertrag für die Kindererziehung verwendet werden soll, wenigstens zu einem großen Teil: diese Einkommensteuer, mit der sich auch die Mittelparteien einverstanden erklärten. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag sieht den Zuschlag zur Einkommensteuer bei den Einkommen über 20 000 Mark vor. Auch hier soll ein Teil des Ertrages Verwendung finden für den Bau des Panzerkreuzers, — ein noch größerer Teil freilich soll den Gemeinden in ihrer Finanznot helfen. Allerdings verhandelt man vorläufig noch über diesen zweiten Vorschlag, weil sich die Regierung sträubte, ihren Grundsatz, keinerlei Steuererhöhungen zu bringen, an irgendeiner Stelle durchlöchern zu lassen. Wenn eine Einigung hierüber zustande kommt, so muß sich diese natürlich aber über den Reichstag

hinaus erstrecken, denn sonst besteht die Möglichkeit, daß der Reichsrat die Einkommen- oder die erhöhte Einkommensteuer genau so streicht, wie er das mit den Beschlüssen des Reichstages hinsichtlich der Gefrierfleisch-einfuhr und der Abänderung des Brotgesetzes getan hat. Dann wäre zwar die Rate für den Panzerkreuzer angenommen, ohne daß aber die Gegenforderungen der Sozialdemokratie erfüllt worden wären.

Man unterhandelt zwischen Regierung und Reichstagsparteien jetzt auch noch darüber, was eigentlich gesehen soll, wenn die Haushaltsberatung im Reichstag ohne weitere Schwierigkeiten Ende März fertiggestellt ist. Bekannt ist, daß die Regierung kein übermäßiges Gewicht darauf legt, den Reichstag etwa zu einer Sommer-tagung zusammenzubringen. Andererseits wollen verschiedene Fraktionen sich nicht gleich für ein halbes Jahr von der politischen Mitwirkung ausschließen lassen, — und an Stoff zu Beratungen und Verhandlungen dürfte es allerdings doch nicht so ganz fehlen. Da ist zum Beispiel die Wahlrechtsvorlage der Reichsregierung. Es ist, vielfältigen Erfahrungen gemäß, wirklich besser, wenn der Reichstag nicht gegen Ende seiner Lebenszeit eine derartige Vorlage in Angriff nimmt, sondern wenn er noch im vorläufigen noch nicht in Aussicht stehen.

Im übrigen hat der Reichsbankpräsident Dr. Luther gerade jetzt wieder auf weitere Aufgaben der Reichsregierung und des Reichstages verwiesen namens des Bundes zur Erneuerung des Reiches. Dessen Schatzkammer

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichspräsident sprach in einem Geleitswort anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Oberbefehlshaber der Heimwehr der Oberbefehlshaber den Dank des Volkes aus.
* Der Reichstag nahm eine Entschließung über die Senkung der Fernspreckgebühren für Benutzers an.
* Eine Erweiterung der Osthilfe auch auf verschiedene Gebieten westlich der Elbe stimmte der Ostausschuss des Reichstags zu.
* Eine Konferenz der Polizeiminister der Länder beschloß, gegen die politischen und kulturellen Ausschreitungen in Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen.

folgender ist. Reichsreform, — das ist ein Ziel, über dessen Notwendigkeit man sich von rechts bis links eigentlich ganz einig ist; nur ist der Weg dorthin freilich noch viel schwerer als der zur Änderung des Reichstagswahlrechts. Dr. Luther verweist mit Stolz darauf, daß sein Bund dafür gesorgt habe, das Ziel der Reichsreform nicht verschwinden zu lassen. Der Kern des Problems liegt natürlich in dem Dualismus zwischen dem Reich und den Ländern, dessen Beseitigung oder Auflösung auf die verschiedenste Weise vorgeschlagen wird. Weiter empfiehlt der Bund die Ausgestaltung des Reichsrates zu einer zweiten Kammer, vor allem aber die Schaffung einer wirklich starken Reichsregierung, wobei Preußen als Ganzes eingegliedert werden müsse. Luther erinnert auch daran, wie brennend die Frage des Finanzausgleichs zwischen dem Reich und seinen Ländern geworden ist, und man kann wohl auch daran denken, wie die Reichsregierung im Laufe der letzten Monate, also während der großen Steuer- und Finanzreform, immer wieder betont hat, sie betrachte die Reform des Finanzausgleichs als nächste und wichtigste Aufgabe. Denn schließlich kommt es ja bei der Kräfteverteilung zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden in allererster Linie auf den finanziellen Unterbau an.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Eine Ausstellung der Gotteslästerung.

Gegen die für eine verbotene Ausstellung „Presse und Kultur“ in Berlin verantwortlichen Personen hat die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren eingeleitet; zwanzig Zeichnungen und Darstellungen wurden gerichtlich beschlagnahmt, weil sie gröbliche Beschimpfungen der Kirche und ihrer Einrichtungen enthielten.

Die Agrarfrage Südosteuropas.

In Wien findet die 6. Mitteleuropäische Wirtschafts-tagung statt. Auf ihr werden Vertreter der deutschen, österreichischen, ungarischen und rumänischen Wirtschaft die südosteuropäische Agrarfrage und ihre Rückwirkungen auf das industrielle Mitteleuropa erörtern. Deutschland nimmt an dieser Tagung durch Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie teil.

Aus In- und Ausland

Braunschweig. Drei bisshindliche Hilfslehrer in Hüttenrode haben durch die braunschweigische Regierung zum 31. März ihre Entlassung zugestimmt.

Memel. Von der „Memelländischen Rundschau“ in Heideburg sollen der Betriebsleiter Butowski und der Maschinenführer Elwitz und vom „Memeler Dampfboot“ der Expedient Knobloch das Memelgebiet bis Freitag verlassen, andernfalls die Genannten unter polizeilicher Begleitung an die Grenze gebracht würden.

Warschau. Der Polnische Senat hat die beiden Anträge der Regierung auf Ratifizierung des Liquidationsabkommens und des Handelsvertrages mit Deutschland angenommen.

Kulturdebatte im Preussischen Landtag.

(217. Sitzung.)

tt. Berlin, 18. März.

Das Haus setzte die Aussprache zur zweiten Lesung des Kultushaushalts fort. Abg. Prelle (Dt. Kraft.) warnt vor parteipolitischen Beeinflussung der Kultur, die sich frei entwickeln müsse. Sie wachse am besten

auf religiösem Boden,

deshalb seien die Bestrebungen der Kommunisten durch ihre Gottlosenverbände energisch zurückzuweisen.

Abg. Dr. Böhner (Staatspt.) setzt sich für die Pflege des Auslandsdeutschtums und des Kolonialgedankens ein. Zu bedauern sei, daß nicht eine rechtzeitige Einigung über den Volkskulturausgleich zustande kam.

Abg. Dr. Rhode (Wirtschaftsp.) ist der Ansicht, daß heute die Aufrechterhaltung der Volkseinkommen im bisherigen Umfang abhängig sei von der weiteren Gestaltung der Gemeindefinanzen. Bei der gegenwärtigen Lage werde man auch an unpopuläre Sparmaßnahmen nicht vorbeikommen. In den Schulen müsse

mehr Wert auf den Kolonialgedanken gelegt werden.

Der Landtag verabschiedet sodann den Justizetat in zweiter Lesung sowie die Berlin-Vorlage. Im wesentlichen finden die Beschlüsse des Ausschusses Bestätigung mit einer Ergänzung der Regierungsparteien über die Abgrenzung der Kompetenzen des Oberbürgermeisters. Auch die Volkspartei stimmt vielfach mit den Regierungsparteien. Das Gesetz soll mit dem 31. März 1931 in Kraft treten.

Die Abstimmung über den Vertrag mit der Volksbühne Berlin anlässlich der Schließung der Volksooper kann wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses nicht vorgenommen werden.

In einer sofort einberufenen neuen Sitzung wird die allgemeine Aussprache zum Kultushaushalt fortgesetzt.

Abg. Frau Wellmann (Soz.) setzt sich für die Verleihung der Körperschaftsrechte an die Freidenkerorganisationen ein. Die evangelische Kirche sei drauf und dran, sich dem Faschismus zu verschreiben. (Hu-hu-Rufe rechts.) Gerade beim Staatsvertrag hätten die evangelischen Kirchen Gelegenheit, durch ein Entgegenkommen gegenüber dem republikanischen Staat zu zeigen, daß sie Volkskirchen werden wollen.

Abg. Frau Dr. Neumann (Dm.) erklärt, ihre politischen Freunde verständen das Mißtrauen weiter christlicher Kreise gegen die jetzige Regierung, besonders auch in kultureller Beziehung. Die Angriffe des Ministers auf die Studentenschaft müßten die Deutschen mit Entschiedenheit zurückweisen. Die Jugend habe recht, wenn sie sich dagegen wehre, daß ihr Vaterlandsverräter und Vassallen als Lehrer vorgeführt würden. Die Schuljugend müsse politisch so erzogen werden, daß sie bereit sei, immer für Volk und Vaterland einzutreten. (Beifall bei den Deutschen, Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. Binneborn (Str.) weist darauf hin, daß die katholische Kirche ihre bejahende Stellung zum Staat schon oft genug dargelegt habe. Bei dem Antrag, der Freidenkerorganisation die Körperschaftsrechte zu verleihen, werde man aufmerksam prüfen müssen, ob es sich hier überhaupt um eine Weltanschauungsvereinigung handelt, oder ob diese Organisation nicht nur rein negativ vom Kampf gegen die bestehenden Kirchen lebe. Die deutschen nationalen Behauptungen vom Verrat des Zentrums am evangelischen Volkstum und die Zweifel an seiner nationalen Gesinnung seien giftige Pfeile auf den blauen Schild des Zentrums. Der Redner tritt u. a. noch den Be-

strebungen auf Beseitigung des Abtreibungsparagraphen entgegen.

Um 18 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Handelspolitik und Innenministerkonferenz vor dem Reichskabinett.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschloß am 18. März in seiner heutigen Sitzung mit der durch die Ablehnung des Genfer Handelsabkommens geschaffenen handelspolitischen Lage. — Des weiteren berichtete der Reichsinnenminister Dr. Wirth über die Konferenz der Innenminister der größeren Länder, in der sich völlige Übereinstimmung der Auffassungen ergab.

Die Erweiterung der Osthilfe.

Eigenartige Abstimmung im Ostausschuss.

Im Ostausschuss des Reichstages wurde bei der Beratung des Osthilfegesetzes beschlossen, das räumliche Geltungsgebiet der allgemeinen Hilfsmassnahmen auf ganz Pommern und ganz Niederschlesien sowie auf die an die Tschechoslowakei angrenzenden Kreise Sachsens und Bayerns auszudehnen. Der Paragraph 2, der die landwirtschaftliche Siedlung betrifft, wurde auf Antrag Dr. Wolkenhauer (Dt. Sp.) in der Art geändert, daß die Neuansiedlung und die Anliegersiedlung nach Maßgabe des landwirtschaftlichen Siedlungsgesetzes vorwiegend in den dünn besiedelten Landesteilen des Osthilfegesbietes nachdrücklich zu betreiben sind. Die folgenden Paragraphen, wonach die Reichsregierung in dem Rechnungsjahre 1932 bis 1936

Mittel in Höhe von mindestens 20 Millionen Mark zur Förderung der besonderen Notlage auf wirtschaftlichem, gewerblichem, sozialem und kulturellem Gebiet bereitstellen soll, sowie die Ermächtigung für den Reichsernährungsminister, den Zinsfuß von Darlehen für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen bis auf ein Prozent zu verbilligen, wurden unverändert angenommen. Bei Paragraph 7 wurde die Höhe der Darlehen, die die Bank für Deutsche Industrieobligationen zu gewähren hat,

auf 50 Millionen Mark festgesetzt.

Während bisher 25 Millionen vorgesehen waren. Paragraph 8, der die Frist der Rückzahlung der Darlehen bestimmt, wurde in der Fassung der Vorlage angenommen.

Zu den Abstimmungen

im Ostausschuss verläutet aus den Kreisen des Ausschusses noch folgendes: Auf den Antrag der Staatspartei und der Wirtschaftspartei wurde mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, des Landvolks und der Kommunisten beschlossen, das ganze Steintiner Wirtschaftsgebiet in die allgemeinen Osthilfsmassnahmen einzubeziehen. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Bayerische Volkspartei und Christlichsoziale. Hierauf stimmten dann die Sozialdemokraten für alle übrigen Anträge, die eine Ausdehnung des Geltungsgebietes der Osthilfe verlangten, so daß mit den Stimmen auch der Sozialdemokraten die Osthilfe auf ganz Pommern, ganz Niederschlesien sowie die an die Tschechoslowakei angrenzenden Bezirke Sachsens und Bayerns ausgedehnt wurde.

Von sozialdemokratischer Seite wird dazu erklärt, daß mit der Einbeziehung Steintins der Grundsatz durchbrochen sei, wonach die allgemeinen Hilfsmassnahmen nicht auf Gebiete westlich der Oder ausgedehnt werden sollen.

Erklärung der nationalen Opposition.

Gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Aus führenden Kreisen der nationalen Opposition wird mitgeteilt:

„Von mittelparteilicher Seite ist im Reichstag verlangt worden, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag noch während des laufenden Tagungsabschnittes parlamentarisch verabschiedet werden soll. Ein Teil der Regierungspresse hat sich diese Forderung zu eigen gemacht. Sollte der Plan verwirklicht werden, so würden die aus dem Reichstage ausgehenden 151 Abgeordneten geschlossen zu dieser Abstimmung erscheinen, um den gegen Ostmark und Landwirtschaft gerichteten vernichtenden Schlag abzuwehren. Sie werden alsdann den Reichstag wieder verlassen.“

Gegen politische und kulturelle Ausschreitungen.

Konferenz der deutschen Polizeiminister.

Die unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Wirth tagende Konferenz der Polizeiminister der größeren Länder beschäftigte sich mit der innenpolitischen Lage unter besonderer Berücksichtigung der antireligiösen Verheerung und der politischen radikalen Strömungen. Die sehr eingehende Aussprache ergab, wie amtlich mitgeteilt wird, die völlige Übereinstimmung in der Auffassung, daß es notwendig sei, der ständig wachsenden Verheerung und Ausschreitung in politischer und kultureller Hinsicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. Die festgestellte einmütige Auffassung der Länderminister wird die Grundlage einer baldigen Aussprache des Reichsinnenministers beim Reichskanzler bilden.

„Der Kampf in Preußen beginnt.“

Severing über die Aufgaben des Reichsbanners.

Bei einer Rundgebung des Reichsbanners in Breslau sprach der preussische Innenminister Severing über das Thema „Der Kampf in Preußen beginnt“. Severing beschäftigte sich zunächst mit der Frage, ob das Reichsbanner

auf die Polizei-Einfluss nehmen könne

und wolle. Severing wies darauf hin, daß der Schutz des einzelnen Bürgers und des Staates Aufgabe der staatlichen Organisationen sei. Aufgabe des Reichsbanners dagegen sei es, zu zeigen, daß die Republik nicht ohne Republikaner und die Mehrheit des deutschen Volkes friedliebend gekannt sei. Die deutsche Sozialpolitik könne und werde keine Änderung erfahren, solange Männer an der Regierung stünden, die es mit der Existenz Preußens und Deutschlands ernst meinten. Jetzt gehe es um das Ganze. Die preussische Regierung sehe dem Antikomm mit der Ruhe des guten Gewissens entgegen. Severing beschäftigte sich dann sehr

eingehend mit den Nationalsozialisten.

Es sei die Aufgabe des Reichsbanners und der republikanischen Parteien, die Einbildung zu zerstören, als ob die Nationalsozialisten in ihrem Siegestaumel nicht mehr aufzuhalten seien.

Der preussische Innenminister über die Wehrverbände.

„Keine Dajeinsberechtigung mehr.“

Innenminister Severing sprach in Kirchhagen im Kreise Herford über „Wirtschaftsfrage und politische Aufgaben“. Im Verlaufe seiner Rede nahm er zu den Wehrverbänden Stellung und betonte, daß sie heute keine Dajeinsberechtigung mehr hätten. Sie seien gegründet in einer Zeit, wo der Staat noch wegen der im Volke vorhandenen Waffen aus der Kriegszeit und aus verschiedenen

anderen, heute fortgefallenen Gründen solcher Stufen bedurfte. Heute, wo die Ordnung durch Polizei und Reichswehr hinreichend gesichert sei, müsse jede Heranziehung der Verbände auf diesem Gebiete aufhören. Aus dem Fehlen sonstiger Aufgaben und der zwangsläufigen Untätigkeit sei auch die Idee des vom Stahlhelm eingeleiteten Volksbegehrens entsprungen. Auch auf die Befolgung der Befehle kam der Minister zu sprechen und ließ die Möglichkeit einer weiteren Kürzung der Beamtengelder offen. Eine wesentliche Abnahme der Zahl der Arbeitslosen im Jahr 1931 hielt er für unwahrscheinlich.

Der Ring um Deutschland.

Frankreich und die polnischen Bahnen.

Das Moskauer offiziöse Militärorgan beschäftigt sich in einem Artikel mit dem von den Franzosen finanzierten Bau der Bahnlinie Polnisch-Oberschlesien-Gdingen. Es werde diejenige Strecke sein, auf der Frankreich im Kriegsfalle nicht nur Polen, sondern auch den anderen verbündeten Staaten der kleinen Entente, wie Rumänien und Jugoslawien, das Kriegsmaterial zuführen werde. Die französischen Kriegstransporte würden dann nicht schwieriger Verbindungen über dritte Staaten bedürfen, sondern direkt über polnisches Gebiet gehen.

Sämtliche Demonstrationen unter freiem Himmel in Berlin verboten.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die in dem Demonstrationsverbot vom 10. Dezember 1930 ausgesprochene Ausnahme für den Lustgarten, die Treptower Spielwiese, den Humboldthain und die Jungfernheide sind aufgehoben worden. Fortan sind alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge im gesamten Ortspolizeibezirk Berlin ausnahmslos verboten.

Blutige Schlägereien in der Hamburger Bürgerschaft.

Ein Nachspiel des Abgeordnetenmordes.

Mittwoch nachmittags kam es schon vor Eröffnung der Bürgerschaftssitzung zu einer blutigen Schlägerei zwischen den nationalsozialistischen und kommunistischen Abgeordneten. Die Kommunisten hatten einen Kranz mit roten Schleifen auf den Platz ihres erschossenen Fraktionsgenossen Henning niedergelegt. Darauf stürzten sich zahlreiche kommunistische Abgeordnete auf die drei nationalsozialistischen Abgeordneten und versuchten sie

gewaltsam aus dem Saale zu entfernen.

Die Nationalsozialisten setzten sich zur Wehr, wobei sie von den deutschen nationalen Abgeordneten unterstützt wurden.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Henning erlitt bei dieser Schlägerei blutige Verletzungen im Gesicht. Der nationalsozialistische Abgeordnete Henning wurde aus dem Saale gezerrt.

Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. — Nach Aufnahme der Verhandlungen schloß der Präsident zehn kommunistische Abgeordnete auf die Dauer von einem Monat von den Sitzungen aus. Die ausgeschlossenen mußten teils mit Gewalt durch die Polizei aus dem Saale entfernt werden.

Darauf gedachte der Präsident in warmen Worten des erschossenen kommunistischen Abgeordneten Henning, wobei sich das Haus von den Plätzen erhob. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß derartige Mordtaten sich nicht wieder ereignen möchten, sie seien geeignet, das Vertrauen des Auslandes für Deutschland zu untergraben. Den Hinterbliebenen des Erschossenen sprach der Präsident das Beileid der Bürgerschaft aus. — Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 19. März 1931.

Bericht über die Arbeitsmarktlage im Bereich des Arbeitsamtes Lützenfeld

für die Zeit vom 1.—15. 3. 1931.

Die Arbeitsmarktlage im Bezirk des Arbeitsamtes Lützenfeld ist unverändert ungünstig. Anzeichen der Besserung waren auch in der ersten Märzhälfte nicht erkennbar. Die Arbeitslosenziffer ist infolge Durchführung einzelner Betriebsstillegungs- und Betr.ebsbeschränkungsmaßnahmen in der Metallindustrie und durch die weitere Freisetzung von Arbeitslosen aus dem Hochbaugewerbe infolge des anhaltenden Schnees- und Frostwetters, gegenüber dem 28. 2. 1931 wieder um 159 gestiegen.

Gezählt wurden am 14. 3. 1931:

Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung	4116	(4162)
Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge	2158	(2108)
Rostkandarbeter	32	(38)
Arbeitsuchende ohne Unterstützung einschl. Wohlfahrtsverbandslose	1797	(1636)
	8103	(7944)

Diese verteilen sich wie folgt:

	Hauptunter- stützungsempf.				Arbeitsuchende ohne Unterst.		einschl. der Wohlfahrts-G.	Zu-
	Arbeitsl.- Unterst.		Krisen- Unterst.					
	m.	w.	m.	w.				
Lützenfeld Stadt	847	226	502	77			655	2307
Lützenfeld Land	271	40	212	10			208	741
einschl. Gemeinde Lützenfeld								
Halber Amt	199	22	156	8			60	445
Kierspe Amt	143	7	123	1			43	322
Meinerzhagen Amt	207	6	45	—			40	298
Altena Stdt	793	73	288	16			229	1399
Werderh Amt	496	29	267	5			149	946
Neuenrade Amt	96	8	84	1			79	268
Plettenberg Stadt	245	19	162	2			212	640
Plettenberg Amt	230	10	120	1			115	476
Herfeld Amt	148	1	73	—			39	261
Zusammen:	3675	441	2037	121			1829	8103

Halber

—O Polizeiliches. Gefunden: Ein Wollschaf. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—O Einbruchsdiebstahl. Zum dritten Male innerhalb weniger Jahre wurde in der vergangenen Nacht, gegen 1 1/2 Uhr in das Uhren- und Goldwarengeschäft Ernst Alte, Halber, Frankfurterstr. eingebrochen. Die Täter führten mit einem Kraftwagen vor, zertrümmerten mit einem Hammer beide Fensterscheiben und entwendeten einen Teil der Schaufensterauslagen. Der Wert der gestohlenen Sachen ließ sich noch nicht feststellen. Sachdienliche Angaben der Bevölkerung zur Aufklärung des Einbruchs erbittet die Polizeiverwaltung.

—O Die Tagesordnung für die Sitzung der Gemeindevertretung Halber am Dienstag, 24. März umfaßt folgende Punkte: 1. Ueberwältigung der Gestaltung des Zeichen- und kaufmännischen Unterrichts an der Berufsschule. 2.

Rußlands Warenhunger.

Die Aussichten des Ruffengeschäfts.

Geheimer Kommerzienrat Dr. Reinecker-Chemnitz schilderte in einer Unterredung die Eindrücke, die er als Teilnehmer an der Reise der deutschen Industriellen und Wirtschaftsführer in Rußland empfangen hat. In Rußland eröffneten sich für die deutsche Industrie nahezu unbeschränkte Möglichkeiten. Das Land habe einen Warenhunger, von dessen Ausmaß sich bei uns in einer Welt fortgeschrittener Zivilisation kaum jemand eine rechte Vorstellung mache. Die breiten Massen des Volkes, das 140 Millionen Menschen umfasse, leiden Mangel noch an vielem und das ungeheure Bedürfnis, das sich hieraus ergebe, werde noch gewaltig verstärkt durch das fabelhafte Tempo, in dem die Regierung ihre Arbeit am wirtschaftlichen Aufbau des Landes durchzuführen gedenke. Die Erfolgsaussichten, die sich den Bemühungen der Regierung eröffnen, hingen zu einem guten Teil von Faktoren ab, die bei einem nur zehn Tage dauernden Besuch im Lande natürlich nicht erschöpfend abzuschätzen seien. Es sei den Mitgliedern der deutschen Abordnung aber möglich gewesen, verschiedentlich eine Vorstellung zu gewinnen von dem Riesenmaß der Pläne, die dort in der Ausführung begriffen seien, nicht zuletzt in Gestalt von Bauten aller Art, die auch der deutschen Industrie reiche Beschäftigung geben könnten. Festzuhalten und immer wieder zu unterstreichen sei die Tatsache, daß die Absatzmöglichkeiten der deutschen Produktion in anderen Ländern sich mit denen in Rußland im Ernst überhaupt nicht vergleichen ließen, und zwar sowohl im Hinblick auf die Masse des Absatzes wie auf seine Dauer.

Was die Dauer dieser Aussichten angehe, so werde von gewissen Gegnern des Ruffengeschäfts, die auch in Deutschland ihre Stimme erheben, zumeist eingewandt, daß die deutsche Ausfuhr schon nach wenigen Jahren Rußland fähig machen würde, die Stellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt, ja vielleicht sogar im eigenen Lande durch ein rücksichtsloses Dumping zu erschüttern. Die Kritiker übersahen etwas Wichtiges. Es würde zweifellos geraume Zeit verstreichen, ehe es der russischen Industrie gelänge, den Vorsprung einzuholen, den die deutsche Industrie ihr gegenüber habe. Vor allem aber dürfe etwas anderes nicht vergessen werden. Die russische Industrie stehe vor fast unerschöpflichen Bedürfnissen des eigenen Volkes und sei damit vor eine Aufgabe gestellt, deren Lösung aus politischen Gründen vordringlich sei, die aber erst nach längeren Zeiträumen bewältigt sein könne. Die „Gefahren“ des Ruffengeschäfts nach dieser Seite hin würden nach übereinstimmender Meinung aller Rußlandkenner zumeist überschätzt.

Was bringt das Bausparkassengesetz?

Den Schutz für die Bausparer.

Ursprünglich sollte die Beaufsichtigung der Bausparkassen im Rahmen des „Gesetzes über Depot- und Depositengeschäfte“ gesetzlich geregelt werden. Da aber die Verabschiedung des „Gesetzes über Depot- und Depositengeschäfte“ nicht drängt, hat sich die Reichsregierung auf Anraten des Reichswirtschaftsministeriums entschlossen, das Bausparkassengesetz im Rahmen des „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen“ verabschieden zu lassen. Der Regierungsentwurf, der sich in zwei Teile gliedert, nämlich in die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmungen und in diejenige der Bausparkassen, ist dem Reichstage zugegangen.

In der Begründung zum Regierungsentwurf wird darauf hingewiesen, daß es durch die Ausbreitung des Bausparkassenwesens notwendig geworden sei, um der großen Zahl von Bausparkassen einen angemessenen Schutz ihrer Interessen zu sichern. Es würden gegenwärtig in Deutschland ungefähr 300 Bausparkassen arbeiten und unter ihnen dürfte sich eine Reihe von Unternehmungen befinden, durch deren Betrieb das Bausparkassenpublikum gefährdet wird. Der Bausparkassengesetzentwurf bestimmt, daß die Bausparkassen der Beaufsichtigung im Sinne des Versicherungsgesetzes unterstellt werden. Das Reichsversicherungsamt erteilt die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb, der in Zukunft nur Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung erlaubt ist. Die Bausparkassen haben die Erfüllung ihrer Geschäftstätigkeit nachzuweisen, der nach dem Entwurf obligatorisch folgende Angaben zu enthalten hat: Zweck und Einrichtung der Bausparkasse, räumliches Gebiet des Geschäftsbetriebes, Tarife unter Hervorhebung der längsten und der kürzesten Verzinsung, Berechnungssätze für die Verteilung, Höhe der Zinsen, Organisation der Spargruppen, Vermögensnachweise, Voraussetzungen für die Zuteilung von Baudarlehen, Deckung der Verwaltungskosten, Bildung von Reserven, schließlich Aufnahme und Sicherung von Darlehen, die eine beschleunigte Zuteilung der Baudarlehen ermöglichen sollen.

Der Entwurf verpflichtet ferner das Reichsaufsichtsamt, bei jeder Bausparkasse einen Vertrauensmann zu bestellen, der über die Einhaltung des Geschäftsplanes zu wachen und nötigenfalls Bücher und Schriften der Bausparkasse einzusehen hat. Er ist von der Bausparkasse zu entschädigen. Weiter wird festgesetzt, daß die Vergleichenordnung für Bausparkassen nicht gilt. Das Reichsaufsichtsamt bildet aus Sachverständigen einen Beirat für die Bausparkassen. Es folgen dann die Strafbestimmungen für die Leiter der Bausparkassen und Vertrauensleute für den Fall der Vernachlässigung ihrer Pflichten. Die wichtigsten Veränderungen, die im übrigen die Versicherungs-Novelle bringt, sind die Bestimmungen über die obligatorische Bücher- und Rechnungsprüfung bei den Versicherungsgesellschaften.

Der Kampf um die Hauschlachtungen.

Darf der Landwirt nur ein Schwein schlachten?

Das scharfe Vorgehen einiger Landräte gegen die Hauschlachtungen hat zu einem Antrage der Zentrumsfraktion im Preussischen Landtage geführt: „Das Staatsministerium wird ersucht, die nachgeordneten Stellen dahingehend anzuweisen, daß den Landwirten die Verwertung selbstgemästeten Viehes auch durch Verkaufsschlachtungen nach wie vor gestattet wird.“ Bekanntlich besteht keine einheitliche Auffassung der Behörden in der Frage der Hauschlachtungen. Vielmehr stützen sich diese auf Entscheidungen namentlich des Kammergerichts. Es gibt aber auch davon abweichende Urteile, so u. a. ein Urteil des Straßensatzes des Oberlandesgerichts Celle vom 2. März 1928. Auf dieses Urteil bezieht sich der Antrag der Zentrumsfraktion. Es trägt der wirt-

Seefahrt in den Tod

Schweres Unglück bei einer Filmexpedition.

20 Personen getötet, viele vermißt.

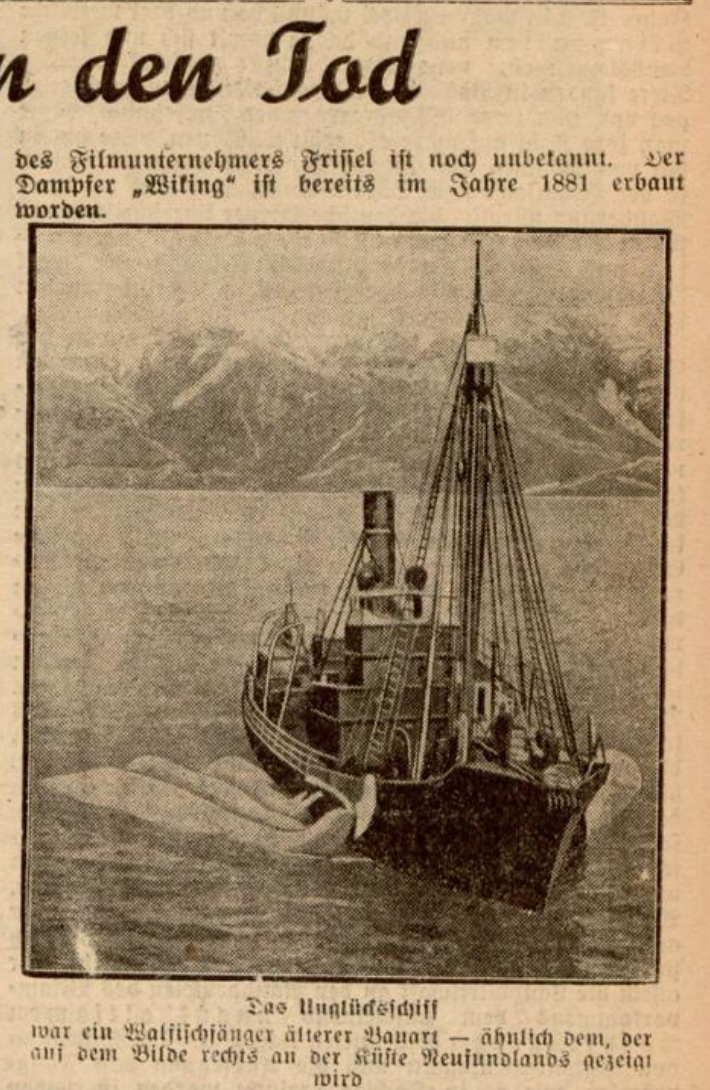
Nach St. John's auf Neufundland meldete der Leiter der Funktion auf der Insel, daß er Flammen auf einem Schiffe gesehen habe. Eine spätere Meldung sagte, daß mehrere Menschen auf Eisschollen treibend gesichtet worden seien. Schon diese ersten Meldungen ließen vermuten, daß

der Dampfer „Wiking“ mit 150 Personen an Bord in Brand geraten sei. Die weiteren Nachrichten ließen dann die ganze Schwere des Unglücks erkennen.

Der Dampfer „Wiking“ wurde für den Robbenfang verwendet. Er stand zuletzt im Dienste des Newporter Filmherstellers Frissel und des Photographen Benrod, die eine Seehundjagd aufnehmen wollten. Dabei sollte der Robbenfänger mit Dynamit aus Fadenis befreit werden. Es ist nun anzunehmen, daß sich bei dieser Aufnahme

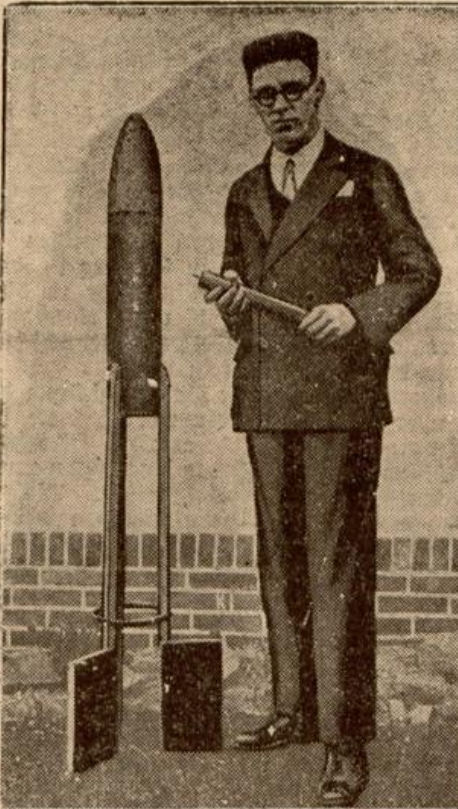
eine schwere Explosion ereignete. 20 Personen wurden bei der Explosion getötet, viele andere haben furchtbare Brandverletzungen davongetragen. Die meisten Überlebenden wurden auf Eisschollen ins Meer hinausgetrieben. Von 50 Überlebenden hieß es, daß sie auf der Insel eingetroffen seien. Viele andere aber werden noch vermißt und es besteht nur geringe Hoffnung, sie zu retten.

Von den Filmleuten sind wahrscheinlich drei, deren Quartiere in der Nähe des in die Luft geflogenen Dynamitlaagers lagen, ums Leben gekommen. Das Schicksal



Das Unglücksschiff war ein Walfischjäger älterer Bauart — ähnlich dem, der auf dem Bilde rechts an der Küste Neufundlands gezeigt wird.

Der erste erfolgreiche Raketenkonstrukteur



Ist der Flugingenieur Karl Boggenfée, dem es in der Nähe von Bremen gelang, diese Rakete mit Meßinstrumenten in eine Höhe von 500 Metern zu schleusen, von wo sie durch einen Fallschirm zur Erde zurückgetragen wurde.

schastlichen Notlage der Landwirtschaft Rechnung, während das Kammergericht in Auslegung der Bestimmungen der Gewerbeordnung sehr enge Grenzen für die Hauschlachtungen zieht. Das bedeutet aber in der heutigen, für den Landwirt schweren Zeit eine außerordentliche Härte. Es wird daher verlangt, selbstgemästete Tiere durch Auspunden verwerten zu können, zumal damit kein Gewerbe getrieben, vielmehr die bestmögliche Ausnutzung eigener Produkte erzielt werden soll.

Der Kampf um die Hauschlachtungen hat immer schärfere Formen angenommen, so daß eine Klarstellung, was eigentlich rechtens ist, durchaus erwünscht sein muß, denn den Verwaltungsbehörden es zu überlassen, wie sie Kammergerichtsurteile anwenden wollen, ist auf die Dauer ein unmöglicher Zustand. In älteren Entscheidungen von Oberlandesgerichten ist man überwiegend der Auffassung gewesen, daß die Hauschlachtungen nicht unter die Gewerbeordnung fallen. So ist in einem Urteil des Oberlandesgerichts Dresden vom 2. November 1927 ein Landwirt, der hintereinander fünf Schweine geschlachtet und das Fleisch verkauft hatte, von der Anklage des Vergehens gegen §§ 14, 148 Abs. 1 der Gewerbeordnung freigesprochen worden unter Hinweis auf § 6 der Gewerbeordnung, wonach sowohl die Viehschlachtung wie auch die mit der Landwirtschaft verbundenen Nebengewerbe, wie Branereien, Brennereien, Molkereien usw., nicht unter die Gewerbeordnung fallen, solange dieser Nebenbetrieb ausschließlich in der Hauptsache und vorzugsweise auf die Bearbeitung und Verarbeitung der im eigenen Wirtschaftsbetriebe gewonnenen Erzeugnisse beschränkt bleibt.

Das Kammergericht hat dagegen in konstanter Rechtsprechung bereits seit Jahren die Beantwortung der Frage, ob und inwieweit das Schlachten von Vieh seitens eines Landwirts und der Verkauf des Fleisches sich im Rahmen eines landwirtschaftlichen Nebengewerbes halten, davon abhängig gemacht, ob das Schlachten sich im einzelnen Falle in wirtschaftlicher Beziehung als Ausfluß des Hauptbetriebes darstellt. Danach stellt sich das Schlachten selbstgezogenen Viehes zwecks gewerblicher Verwendung des gewonnenen Fleisches nur dann ausnahmsweise als landwirtschaftliches Gewerbe dar, wenn besondere Umstände des betreffenden landwirtschaftlichen Betriebes diese Art der Verwertung an Stelle des üblichen

Verkaufes des lebenden Viehes notwendig machen. „Das Amtsgericht,“ so heißt es in einem Urteil vom 10. Februar 1930, „habe richtigerweise in dem ersten Falle der Schlachtung einer nicht milchgebenden leberkranken Färse, für die der Angeklagte nur einen ganz unzulänglichen Preis beim Verkauf des Tieres hätte erzielen können, eine durch die besonderen Umstände des Falles noch gerechtfertigte, von der üblichen Art der Verwertung abweichende Verwendungsart des Tieres erblickt, die, für sich allein genommen, den Beginn eines selbständigen Schlächtereibetriebes im Sinne der Reichsgewerbeordnung nicht rechtfertigen könne. Erst das Schlachten des gesunden zweiten Tieres, für das besondere Umstände des landwirtschaftlichen Betriebes des Angeklagten offenbar nicht vorzuliegen hätten, habe das Amtsgericht veranlaßt, den Beginn eines selbständigen, nicht mehr als Nebenbetrieb der Landwirtschaft anzusprechenden Gewerbes zu bejahen.“

Diese Entscheidung hat offenbar dazu geführt, daß man nun nur die Schlachtung eines Schweines pro Jahr als zulässige Hauschlachtung ansehen will. Ferner sind allerlei einschränkende Bestimmungen ergangen, wonach aus Hauschlachtungen nur frisches Fleisch abgegeben werden darf, nicht aber etwa Hackfleisch, gebackenes Fleisch, Wurst oder andere zubereitete Fleischwaren. Würde diese letztere Bestimmung allgemein Platz greifen, so dürften die Verkäufe von geräucherter Wurst und Schinken durch die Landwirte direkt an die Verbraucher auch ein Ende haben. Zu solchen rigorosen Maßnahmen liegt aber kein Anlaß vor. Jedenfalls stellt sich heute oft der Fall ein, daß der Verkauf von Vieh zu annehmbaren Preisen auf Schwierigkeiten stößt, so daß in solchen Fällen die Schlachtung aus wirtschaftlicher Not vorgenommen wird. Ein solcher Fall ist durch das Urteil des Landgerichts Elberfeld vom 2. März 1929 festgestellt worden, womit ein Landwirt von der Anklage freigesprochen wurde, da er vergeblich versucht hatte, Weidetiere an Schlächter zu verkaufen.

Die „mittlere Reife“.

Zweckmäßigere Ausgestaltung des Berechtigungswesens.

Eine neue Konferenz über die Fragen des Schulaufbaues und des Berechtigungswesens ließ das Reichsministerium des Innern der vor längerer Zeit veranstalteten Aussprache mit den Wirtschaftsverbänden folgen. Diesesmal waren die Lehrer- und Lehrerinnenverbände aller Schulgattungen: höhere Schule, Mittelschule, Volksschule, Berufs- und Fachschulen eingeladen. Die Vertreter der Verbände wurden durch Ministerialdirektor Pellengahr von den Abteilungen des Reichsministeriums des Innern mit Bezug auf einheitlichere Gestaltung des Schulaufbaues, die Vereinfachung und zweckmäßigere Ausgestaltung des Berechtigungswesens unterrichtet, über die der unter dem Vorsitz des Reichsministeriums des Innern bestehende Ausschuss der Unterrichtsverwaltungen der Länder bereits im Januar verhandelt hat. Es ist ein Ausschuss eingesetzt, der die Frage der Vereinheitlichung bearbeiten soll und für dessen Arbeiten die von den Verbänden geäußerten Anregungen von besonderem Wert sein würden.

Dem Problem der Überfüllung von höherer Schule und Hochschule durch solche Schüler und Studenten, deren Begabung sie auf mehr praktische Berufe hinweist, kann nur durch eine zweckmäßigere Ausgestaltung des Berechtigungswesens vorgebeugt werden. Eine Vereinbarung der Länder über eine „mittlere Reife“, die sowohl über Volksschule und entsprechenden Aufbau wie über die von der Volksschule aus zugänglichen Fachschulen ebenso wie durch den Abschluß einer Mittelschule oder die der Untersekunda einer höheren Lehranstalt erworben werden kann, steht vor dem Abschluß. Sie wird die Gleichwertigkeit dieser Bildungsgänge unter dem Gesichtspunkt der Berufsreife anerkennen.

Die Vertreter der Organisationen sprachen sich einmütig für die Notwendigkeit einer stärkeren Vereinheitlichung des deutschen Schulwesens aus. Auch die vom Reichsministerium des Innern entwickelten Grundzüge einer Vereinbarung über die mittlere Reife, durch die den mehr praktisch gerichteten Begabungen der Weg in die Mittelschicht des Berufslebens auch über Volksschule und Fachschule geöffnet werden soll, fand grundsätzliche Zustimmung.

Verwaltungsbezugstelle des Amtes Lüdenscheld zu Klagebach.

Wegen Arbeitsüberhäufung bei der Amtsverwaltung zu Lüdenscheld muß der Dienstbetrieb der Verwaltungsbezugstelle Klagebach eingeschränkt werden. In Klagebach ist das Büro des Amtes daher nur am Dienstag, Donnerstag und Samstag jeder Woche während der Zeit von 8—12½ und 14½—18½ Uhr geöffnet. Während der übrigen Zeit ist es geschlossen.

Lüdenscheld, den 17. März 1931.
Der Bürgermeister des Amtes.

Zur Konfirmation empfehle Geschenke

in reicher Auswahl und allen Preislagen.

Bibeln und Gesang - Bücher

Gute Bücher, Erzählungen, Lebensbeschreibungen. — Passende Geschenke i. Porzellan u. Kristall.

Silber - Bestecke Lederwaren

Tagebücher, Amateur-Alben, Petschaften, Füllfederhalter etc.

Wilh. Bell jr. Halver

Schloß Ringelsbruch

Waldschulheim am Teutoburger Walde
Sexta - Abitur, Erziehg. z. Arbeit, Pflichterfüllung
Beste Erfolge. Eigener Waldpark. Vorp. vom Gutshof
Drucksachen frei. Post: Paderborn Schloßfach 355.
Nichtversetzte holen Zeitverlust ein.



Ich liefere Drucksachen

Wilh. Bell jr.
Buchdruckerei
Halver (Westf.)

sauber, schnell und preiswert
für Geschäfts- u. Privatbedarf,
Kataloge, Preislisten, Dissertationen, Broschüren, Festschriften, Briefbogen, Rechnungen, Programme, Trauerbriefe u. -Karten sowie sämtliche Formulare für Behörden.

Sigung

der Gemeindevertretung Halver
am Dienstag, dem 24. März 1931, 17 Uhr im Sitzungssaal des Amteshauses.

Halver, den 18. März 1931.
Der Gemeindevorsteher

Kein Geld ausgeben für minderwertige Nachahmungen

Warten

bis der einzige und echte Sarrasani kommt!

SARRASANI
Europas größter Zirkus
kommt nach Hagen!

Selecta Kierspe.

Die Aufnahme in die Sexta findet am 14. April (Dienstag) morgens um 10 Uhr statt. Die früher übliche Aufnahmeprüfung fällt fort. Die Schüler müssen ihre letzten Zeugnisse vorlegen. Anmeldungen nimmt der Schulleiter entgegen.

Die Aufnahme der Lernanfänger der Volksschule erfolgt am 14. April von 8—10 Uhr vormittags.

MAGGI's Erzeugnisse billiger

MAGGI's Würze

in Flaschen	Probe halbes Pfund	0	1	2	3	6
original	—	—	—	—	—	—
nachgefüllt	—	—	—	—	—	—

aber in Qualität unverändert erstklassig

MAGGI's Suppen

in 28 verschiedenen Sorten
1 Würfel für 2 Teller 12 Pfg.

MAGGI's Fleischbrühe

in der Stangen-Packung,
5 Würfel nur 18 Pfg.

Ingenieurschule Technikum Lage
Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechnik, Land-, Maschin-, Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik
Werkmeisterschule
Lehrpläne
Bauschule
Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbau, Eisenbetonbau
Tonindustrie
Ziegeleingenieur, Techniker, Ziegelmeister
frei

Die große Überraschung für alle Hausfrauen

Beim Kauf von 1 Pfund Sanella **GRATIS**
½ Pfund (ein halbes Pfund)



35
das ½ Pfund

DIE FEINE - PREISWERT WIE KEINE

MARGARINE

Die Geschäfte, in welchen die Sanella-Gutscheine eingelöst werden, sind durch unsere Plakate kenntlich gemacht.

SANELLA GUTSCHEIN
AUSSCHNEIDEN!
Nur gültig bis 28. März 1931
Gegen Abgabe dieses unterschriebenen und voll ausgefüllten Gutscheins erhalten Sie beim Einkauf von 1 Pfd. Margarine „Sanella“ (Pfundpreis 70 Pfg.) einmalig ein weiteres Halbpfund im Werte von 35 Pfg. kostenlos dazu. Einlösung dieses Gutscheins erfolgt durch alle Geschäfte, welche durch Plakate als Verkaufsstellen für „Sanella“ kenntlich gemacht sind. — Letzter Termin für die Einlösung 28. März 1931.
DER GUTSCHEIN IST ZUR EINLÖSUNG ABGEGEBEN
am 9. 1931 von: (Unterschrift des Käufers)
und eingelöst am 1931
von: (Firma und Ort des einlösenden Geschäfts, evtl. Firmenstempel) 26077
SANELLA GUTSCHEIN

Sigung

d. Gemeindevertretung
Schalksmühle
am Mittwoch, d. 25. März 31.
nachmittags 4 Uhr
im Kaffeehaus Schulz in
Schalksmühle.

Schalksmühle, d. 17. März 31.
Der Gemeindevorsteher.

Zwangsversteigerung

Freitag, den 20. März
13 Uhr werde ich im
Hotel zur Post:

- 1 Schnellastwagen,
- 2 Rannen Del,
- 1 Klavier
- 1 Chaiselongue
- 1 Sofa
- 1 Schreibtisch
- 1 Schreibmaschine (Störmer)
- 1 Radio
- 1 Nähmaschine
- 1 Küchenschrank
- 2 Kleiderschränke

öffentlich meistbietend
gegen sofortige Barzahlung
versteigern.

Barthel,
Gerichtsvollzieher.

LANDWIRTE!

laßt Euer Saatgetreide reinigen

und auf unserer von der Landwirtschaftskammer als vorzüglich anerkannten, neu-eingetroffenen

Saatbeizanlage

beizen. — Ferner sind auf Lager vorrätig:
Drainrohre, Kohlen sowie sämtliche Düng- und Futtermittel.

Bäuerliche Bezugs- und Absatz-
Genossenschaft e. G. m. b. H.,
Kierspe-Bahnhof.

Gegen Röte der Hände

und des Gesichtes sowie unehöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeweiße **Crema Leodor**, die gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. — Die kühlende und heilende Wirkung tritt besonders in Erscheinung, wenn Hände u. Gesicht durch Einwirkung der Kälte stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut leistet die Crema, insbesondere aber bei dem so lästigen Juckreiz der Haut, vorzügliche Dienste. In allen diesen Fällen trägt man sie in dünner Schicht auf und wiederholt dies mehrmals täglich, abends in härterer Schicht. — Für Herren genügt eine Wenigkeit der Crema auf die Haut gestrichen zur Erhöhung der Schaumkraft der Rasierseife. — Preis der Tube 60 Pf. und 1 Mark. Wirksam unterstützt durch Leodor-Edel-Seife, Stück 50 Pf. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Die beste Reklame ist und bleibt ein Zeitungs-Inserat.

Elektrotechn. Fabrik
in Schalksmühle
sucht für sofort
tüchtigen

Werkzeug-Schlosser

der in der Anfertigung
von Matrizen für
Kaltstempelpressen
perfekt ist.

Angebote unter Nr.
250 an die Geschäftsstelle
des Schalksmühler Ge-
neral-Anzeiger in Halver.

Vin Samstag morgen
8 Uhr in Bollwerk,
10 Uhr in Kierspe-Bhf.
(Tannenbaum) mit
besten



oldenb. Schweinen
zum Verkauf.
Kämpfer, Denneking.

Sommerprossen
werden unter
Garantie durch
VENUS (Stärke B)
besetzt. Preis M. 2,75
Halver. Mediz.-Drogerie
Carl Menke.